

Pressemitteilung



Magdeburg, 16. September 2019

Pähle zur drohenden Schließung der gymnasialen Oberstufe: „Die Gemeinschaftsschule zu erhalten und zu entwickeln, ist Geschäftsgrundlage der Koalition“

Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, **Katja Pähle**, hat die Absicht von Bildungsminister Marco Tullner (CDU) scharf kritisiert, die zum Schuljahresbeginn neu eingerichtete gymnasiale Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen in Aschersleben und Wolmirstedt zum bevorstehenden Schulhalbjahr wieder zu schließen. Begründet wird die Maßnahme mit der geringfügigen Unterschreitung der Mindestzahl von 50 Schülerinnen und Schülern im 11. Schuljahr („Albert Schweitzer“ Aschersleben: 44, „Johannes Gutenberg“ Wolmirstedt: 48).

Pähle: „Solche Unterschreitungen sind an den Oberstufen von Gymnasien in unserem Land gang und gäbe, ohne dass der Minister diese Oberstufen schließen würde. Ein flexibler Umgang mit den Mindestschülerzahlen ist nicht nur ausdrücklicher Wunsch des Landtages in seinem Beschluss vom April 2019, sondern war auch vom Minister in Aussicht gestellt worden. Dass er sich jetzt anders positioniert, ist ganz offenkundig eine politisch motivierte Ungleichbehandlung von Schulformen.“

Wir waren uns aber bei Abschluss des Koalitionsvertrages einig, die in der vergangenen Wahlperiode begonnenen Vorhaben fortzuführen – gerade auch im Bildungsbereich. Die Gemeinschaftsschule ist ein erfolgreiches Ergebnis sozialdemokratischer Schulpolitik und eine große Chance für wohnortnahe, hochwertige Bildungsabschlüsse im ländlichen Raum. Die Gemeinschaftsschule zu erhalten und zu entwickeln, ist deshalb politische Geschäftsgrundlage der Koalition.“

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Angela Kolb-Janssen**, weist auf die Auswirkungen der drohenden Schließung auf die Schullaufbahn der betroffenen Schülerinnen und Schüler hin: „Oberstufenschülerinnen und -schüler nach einem halben Jahr aus dem Unterricht herauszureißen und nach einem halben 11. Schuljahr an eine andere Schule zu schicken – das geht gar nicht. Das wäre ein eklatanter Vertrauensbruch gegenüber den Jugendlichen und ihren Eltern, der nicht zu verantworten ist.“